

IX. Zusammenfassung

Die Rechtsprechung eines Gerichts folgt nicht systematischen oder didaktischen Wünschen, sondern der Zufälligkeit des Fallaufkommens. Strukturierungsversuche im Nachhinein bleiben daher zwangsläufig etwas bemüht. Dies einmal vorangestellt hat die Judikatur des 6. Senats in den letzten 10 Jahren Gelegenheit gegeben, das Verständnis von der Menschenwürde als Schutzgut der Gefahrenabwehr zu stärken, aber auch die Dogmatik von Gefahrenverdacht, Gefahrenvorsorge und Strafverfolgungsvorsorge (I.). Die Sonderpolizeien des Bundes haben Entscheidungen zu den Kosten der Bahnpolizeiaufgaben (BPol) und Löschungen aus Dateien mit personenbezogenen Daten (BKA) ausgelöst (II.). Der Versammlungsbegriff hat sich als verfeinerungsfähig erwiesen, und das Verhältnis von Polizei- und Versammlungsrecht ist weiter entwickelt worden (III.). Fragen im Zusammenhang mit dem Erwerb und Besitz von Waffen durch Sportschützen und Jäger haben zur Entscheidungen im Waffenrecht geführt; ebenso wie zur Zulässigkeit eines vorbeugenden Waffenbesitzverbotes gegen einen Strafgefangenen (IV.). Im Vordergrund der Rechtsprechung zu Vereinsverbo-

ten standen Vereinigungen mit völkerverständigungswidrigen Absichten und Handlungen sowie solche, die nationalsozialistische Vorstellungen praktizierten oder propagierten (V.). Der Inlandsnachrichtendienst (Bundesamt für Verfassungsschutz) war von Rechtsstreiten über die Beobachtung von politischen Parteien und Parlamentsabgeordnete sowie gegen seine Verfassungsschutzberichte betroffen. Zum Auslandsnachrichtendienst (BND) gab es Urteile zur strategischen Telefonüberwachung, zu Auskunftsansprüchen und zum rechtlichen Status von Informanten (VI.). Die Rechtsprechung zum Melderecht betraf Fragen zur Hauptwohnung bei Einwohnern mit mehreren Wohnsitzen sowie die Verweigerung von Melderegisterauskünften bei erkennbarer Nutzungsabsicht für Werbezwecke (VII.). Nach Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht durch den Beschluss des Bundeskabinetts am 15.12.2010 sind Wehrheranziehungsstreitigkeiten entfallen. Fragen nach dem Recht der Kriegsdienstverweigerung von Berufssoldaten entstehen aber weiterhin, genauso wie solche zum rechtlichen Umgang mit politischem Extremismus bei der Ableistung des Wehrdienstes (VII.).

Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Ausweisung im Ausländerrecht

von RiBVerwG Prof. Dr. Ingo Kraft, Leipzig*

Der Überblick über 60 Jahre Rechtsprechung des für das Ausländerrecht zuständigen 1. Senats des Bundesverwaltungsgerichts zur Ausweisung von Ausländern spannt einen Bogen von der Ausländerpolizeiverordnung bis zum Aufenthaltsgesetz. Er belegt einen Entwicklungsprozess fortschreitender Verrechtlichung der ausländerbehördlichen Ausweisungsbefugnis und die damit einhergehende Subjektivierung der Rechtsstellung des Ausländers durch verschärfte Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, insbesondere bei der Ausweisung hier geborener und aufgewachsener Ausländer. Zugleich wird ein Wandel der Funktion des Bundesverwaltungsgerichts in dem durch zunehmende exogene Vorgaben gekennzeichneten Mehrebenensystem von Unionsrecht, Europäischer Menschenrechtskonvention und nationalem Verfassungsrecht deutlich.

I. Einführung

Die Retrospektive auf 60 Jahre Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (1. Senat) zur Ausweisung zeigt trotz prinzipieller systematischer Kontinuität einen Entwicklungsprozess fortschreitender Verrechtlichung der ausländerbehördlichen Ausweisungsbefugnis und die damit verbundene Stärkung der subjektiven Rechte des Ausländers. Dieser Wandel beruht zum einen auf geänderten nationalen und neuen unionsrechtlichen Rechtsgrundlagen. So ergingen die ersten ausländerrechtlichen Entscheidungen des Senats noch zur Ausländerpolizeiverordnung 1938,¹ in der Einreise, Aufenthalt und Aufenthaltsbeendigung von Ausländern als ausschließlich sicherheits- oder polizeirechtlich relevante Tatbestände angesehen wurden. In der Entwicklung der Gesetzgebung vom Ausländergesetz 1965² über das Ausländergesetz

1990³ bis hin zum Aufenthaltsgesetz vom 30.07.2004⁴ ist die Dominanz der sicherheitsrechtlichen Zwecksetzung zurückgetreten zugunsten einer sich stetig verstärkenden Subjektivierung der aufenthaltsrechtlichen Rechtsstellung des Ausländers. Zugleich hat der nationale Gesetzgeber einen Teil seiner Souveränität zur Regelung der Einreise und des Aufenthalts von Ausländern an die Europäische Union abgegeben, die Sonderregelungen u.a. für Unionsbürger⁵ und langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige⁶ geschaffen hat. Zum anderen wurde der Subjektivierungsprozess aber auch durch (supra-)nationale Rechtsprechung befördert. So hat der Gerichtshof der Europäischen Union

* Der Beitrag berichtet in der Reihe »60 Jahre BVerwG« (gegründet am 08.06.1953) über die Rechtsprechung des Gerichts, vgl. bereits Eckertz-Höfer, DVBl 2013, 333; Rubel, DVBl 2013, 469; Bier, DVBl 2013, 541; Battis, DVBl 2013, 673; Berlit, DVBl 2013, 873; Häußler, DVBl 2013, 1001 sowie – in diesem Heft – Graulich, Häußler und Büge. Der Autor ist Honorarprofessor an der Universität Leipzig.

1 Die Ausländerpolizeiverordnung (APVO vom 22.08.1938, RGBl. I S. 1053) galt gemäß Art. 123 und Art. 125 GG als Bundesrecht fort, soweit sie nicht mit dem Ausschluss des Zugangs zu den Verwaltungsgerichten in § 11 Abs. 1 APVO gegen Art. 19 Abs. 4 GG verstieß: U. v. 15.12.1955 – I C 154, BVerwGE 3, 58.

2 Ausländergesetz vom 28.04.1965, BGBl. I S. 353.

3 Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz – AusLG) vom 09.07.1990, verkündet als Art. 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts, BGBl. I S. 1354.

4 Verkündet als Art. 1 des Zuwanderungsgesetzes, BGBl. I S. 1950.

5 Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29.04.2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, ABl. L 158 vom 30.04.2004, S. 77.

6 Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25.11.2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, ABl. L 16 vom 23.01.2004, S. 44.

(EuGH) mit seiner Rechtsprechung zum ARB 1/80⁷ ein beschäftigungsrechtliches Regelungsgefüge aufenthaltsrechtlich aufgeladen⁸ und damit die in Deutschland zahlenmäßig bedeutende Gruppe assoziationsberechtigter türkischer Arbeitnehmer sowie deren Familienangehörige aufenthaltsrechtlich privilegiert und aus dem Anwendungsbereich des allgemeinen Ausländerrechts (zumindest partiell) herausgelöst.⁹ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Art. 8 EMRK zu einer aufenthaltsrechtlich zunehmend bedeutsamen Vorschrift entwickelt.¹⁰ Parallel dazu hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Grundrechte der Ausländer gestärkt¹¹ und insbesondere Art. 6 GG in seiner Funktion als »wertentscheidende Grundsatznorm« zum Schutz von Ehe und Familie aufenthaltsrechtlich aktiviert.¹² Gerade im Ausländerrecht zeigt sich angesichts dieser exogenen Einflüsse der Bedeutungswandel des Bundesverwaltungsgerichts im Mehrebenensystem von Unionsrecht, Europäischer Menschenrechtskonvention und nationalem Verfassungsrecht: Der Revisionsinstanz obliegt nicht nur die Weiterentwicklung des nationalen Rechts und die Sicherung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung innerhalb des Instanzenzugs, sondern sie muss die Impulse der verschiedenen Akteure im System des nationalen Rechts zu einer konsistenten Dogmatik zusammenführen,¹³ die für die Verwaltungspraxis und die Instanzgerichte handhabbare Vorgaben und Maßstäbe liefert.

II. Fundamente

1. Funktion der Ausweisung

Der Senat hat schon früh darauf hingewiesen, dass sich die Ausweisung als polizeiliche Maßnahme nach anderen Gesichtspunkten als die Strafzumessung beurteilt. Denn sie dient nicht der Ahndung, sondern der Vorbeugung künftiger Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung. Wegen des Präventionszwecks genügt nicht das Vorliegen von Ausweisungsgründen, sondern die Ausweisung muss zur Verhütung einer (erneuten) Beeinträchtigung erheblicher öffentlicher Belange erforderlich sein.¹⁴

Die Ausweisung ist gesetzlich nicht definiert; ihre Rechtswirkungen ergeben sich unmittelbar aus dem Gesetz. Der Senat hat die Ausweisung als Verwaltungsakt gekennzeichnet, der einem Ausländer gebietet, das Inland zu verlassen und ihm verbietet, es erneut zu betreten.¹⁵ Sie unterscheidet sich von der Versagung (der Verlängerung) einer (befristeten) Aufenthaltserlaubnis bzw. deren nachträglicher Befristung durch die gesetzlichen Wirkungen des Einreise- und Aufenthaltsverbots sowie der Titelerteilungssperre (§ 15 Abs. 1 Satz 1 AuslG 1965, § 8 Abs. 2 AuslG 1990, § 11 Abs. 1 AufenthG) und ist daher ein wirksameres, aber auch stärker einschneidendes Mittel der Gefahrenabwehr.¹⁶ Sie setzt nicht voraus, dass sich der Ausländer noch im Bundesgebiet aufhält; sie kann auch allein deshalb verfügt werden, um den Ausländer vom Bundesgebiet fernzuhalten¹⁷ oder – wenn eine Abschiebung in sein Heimatland ausscheidet – einer Verfestigung seines Aufenthaltsrechts entgegenzuwirken.¹⁸

2. Ausweisungszwecke

2.1 Spezialprävention – Gefahrenschwelle – Strafaussetzung zur Bewährung

Eine Ausweisung ist möglich, wenn der Ausländer weiterhin die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet.¹⁹ Dabei

ist auf einen differenzierenden, mit zunehmendem Ausmaß des möglichen Schadens abgesenkten Grad der Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts abzustellen.²⁰ Die Tatsacheninstanzen prüfen die Gefahrenprognose vollumfänglich²¹ und stellen dabei auf die Gesamtpersönlichkeit des Ausländers ab, wie sie in dem abgeurteilten und sonstigen Verhalten zum Ausdruck kommt.²²

Da strafrichterliche Verurteilung und ausländerbehördliche Ausweisung verschiedenen Zwecken dienen,²³ schränkt die Strafaussetzung zur Bewährung das Ausweisungsermessens nicht ein.²⁴ Allerdings werden Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichte der strafrichterlichen Prognose bei ihrer Beurteilung der Wiederholungsgefahr i.d.R. eine wesentliche tatsächliche Bedeutung beimessen und von ihr grundsätzlich nur bei Vorliegen überzeugender Gründe abweichen. Die Aussetzung der Vollstreckung des Strafrestes gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 StGB setzt jedoch nicht den Ausschluss der Wiederholungsgefahr voraus, sondern ist auch zur Erprobung zulässig, ob der

- 7 Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei vom 19.09.1980 über die Entwicklung der Assoziation, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 1981, 4 = InfAuslR 1982, 33.
- 8 Grundlegend EuGH, U. v. 20.09.1990 – C-192/89 – Sevince, Slg. 1990, I-03461 Rdnr. 28 f. = NVwZ 1991, 255.
- 9 Darüber hinaus hat er über die Stand-still-Klauseln des Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 des Zusatzprotokolls zum Abkommen vom 12.09.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei für die Übergangsphase der Assoziation (BGBl. 1972 II S. 385) – ZP – Teile des Ausländerrechts für alle türkischen Staatsangehörigen versteinert: EuGH, U. v. 20.09.1990 – C-192/89 – Sevince, Slg. 1990, I-03461 = NVwZ 1991, 255 Rdnr. 26; U. v. 11.05.2000 – C-37/98 – Savas, Slg. 2000, I-2927 = InfAuslR 2000, 326 Rdnr. 54; U. v. 20.09.2007 – C-16/05 – Tum und Dari, Slg. 2007, I-7415 = NVwZ 2008, 61 Rdnr. 46.
- 10 Vgl. nur EGMR, U. v. 18.02.1991 – Nr. 31/1989/191/291 – Moustaquim, EuGRZ 1993, 552; U. v. 26.03.1992 – Nr. 55/1990/246/317 – Beldjoudi, InfAuslR 1994, 86; U. v. 30.11.1999 – Nr. 34374/97 – Baghli, NVwZ 2000, 1401; U. v. 02.08.2001 – Nr. 54273/00 – Boulouf, InfAuslR 2001, 476; Große Kammer, U. v. 15.01.2007 – Nr. 60654/00 – Sisojeva II, InfAuslR 2007, 140.
- 11 Vgl. nur BVerfG, B. v. 26.09.1978 – 1 BvR 525/77, BVerfGE 49, 168; B. v. 18.07.1979 – 1 BvR 650/77, BVerfGE 51, 386; vgl. auch B. v. 10.05.2007 – 2 BvR 304/07, NVwZ 2007, 946; B. v. 10.08.2007 – 2 BvR 535/06, NVwZ 2007, 1300.
- 12 Grundlegend BVerfG, B. v. 12.05.1987 – 2 BvR 1226/83 u.a., BVerfGE 76, 1.
- 13 Thym, Migrationsverwaltungsrecht, 2010, S. 247 spricht diesbezüglich von einer institutionellen Schlüsselstellung des Bundesverwaltungsgerichts.
- 14 U. v. 11.06.1968 – I C 64.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 4 S. 13 [14]; U. v. 25.02.1969 – I C 35.68, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 10 S. 32 [35]; U. v. 16.06.1970 – I C 47.69, BVerwGE 35, 291 [293 f.]; B. v. 27.01.1989 – 1 B 9.89 [juris]; U. v. 31.03.1998 – 1 C 28.97, BVerwGE 106, 302 [305].
- 15 U. v. 07.10.1975 – 1 C 46.69, BVerwGE 49, 202 [208]; B. v. 09.09.1992 – 1 B 71.92, InfAuslR 1993, 12; U. v. 31.03.1998 – 1 C 28.97, BVerwGE 106, 302 [304].
- 16 U. v. 11.11.1980 – 1 C 46.74, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 76 S. 144 [150 f.]; B. v. 10.08.1982 – 1 B 76.82, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 90; B. v. 15.12.1993 – 1 B 193.93, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 135 S. 59 [62 f.]; U. v. 31.03.1998 – 1 C 28.97, BVerwGE 106, 302 [305].
- 17 U. v. 31.03.1998 – 1 C 28.97, BVerwGE 106, 302 [304].
- 18 B. v. 18.08.1995 – 1 B 55.95, InfAuslR 1995, 405; U. v. 31.08.2004 – 1 C 25.03, BVerwGE 121, 356 [361 f.] – Asylberechtigter.
- 19 U. v. 11.06.1968 – I C 64.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 4 S. 13 [14]; B. v. 13.05.1974 – 1 B 87.73, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 35 S. 95 [96 f.].
- 20 B. v. 13.05.1974 – 1 B 87.73, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 35 S. 95 [96 f.]; U. v. 18.10.1983 – 1 C 131.80, BVerwGE 68, 101 [103]; B. v. 17.10.1984 – 1 B 61.84, DVBl 1985, 570; U. v. 10.07.2012 – 1 C 19.11, BVerwGE 143, 277 Rdnr. 16; U. v. 04.10.2012 – 1 C 13.11, BVerwGE 144, 230 Rdnr. 18.
- 21 B. v. 29.07.1977 – 1 B 137.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 45 S. 15 [16]; B. v. 15.09.1986 – 1 B 144.86, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 111.
- 22 B. v. 21.05.1986 – 1 B 74.86, InfAuslR 1986, 273; B. v. 26.10.1988 – 1 B 143.88, InfAuslR 1989, 37 – Jugendstrafaten.
- 23 U. v. 16.06.1970 – I C 47.69, BVerwGE 35, 291 [293 f.].
- 24 B. v. 02.10.1969 – 1 B 42.69; B. v. 15.05.1970 – 1 B 86.73; B. v. 05.11.1973 – 1 B 86.73 [juris].

Verurteilte außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird.²⁵

Für die nunmehrigen Unionsbürger galt schon immer die erhöhte Gefahrenschwelle der tatsächlichen und hinreichend schweren Gefährdung, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt. Sie durften daher nach einer strafrechtlichen Verurteilung in der Regel mangels Vorliegens der qualifizierten Gefahrenschwelle nicht ausgewiesen werden, wenn der Strafrichter nach § 56 Abs. 1 StGB die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung ausgesetzt hatte.²⁶

Bei der Anwendung des Art. 14 des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG-Türkei war zuerst der für die Ausweisung freizügigkeitsberechtigter Angehöriger der Mitgliedstaaten geltende Gefahrenbegriff maßgebend.²⁷ Seit Aufhebung der Richtlinie 64/221/EWG stellt der EuGH auf Art. 12 der Richtlinie 2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger als neuen unionsrechtlichen Bezugsrahmen ab.²⁸ Demzufolge ist die Ausweisung eines assoziationsberechtigten türkischen Staatsangehörigen nur zulässig, wenn dessen persönliches Verhalten gegenwärtig eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefahr für ein Grundinteresse der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland darstellt und die Maßnahme für die Wahrung dieses Interesses unerlässlich ist.²⁹

2.2 Generalprävention

Der Senat hat die Ausweisung in bestimmten Fallgruppen auch zum Zweck der Generalprävention als zulässig angesehen,³⁰ diese aber im Laufe der Zeit aus Gründen der Verhältnismäßigkeit immer weiter eingeschränkt. Die Zulässigkeit generalpräventiver Erwägungen hat er darauf gestützt, dass der Gesetzgeber die Wiederholungsfahrer nicht zum Tatbestandsmerkmal erhoben habe;³¹ zudem hätten die Ausweisungstatbestände im nationalen Recht auch den Zweck, Ausländer dazu zu veranlassen, keine Belange der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. Die Behörde mache daher von ihrem Ermessen zweckentsprechend auch dann Gebrauch, wenn nach der Lebenserfahrung in bestimmten Fallgruppen eine kontinuierliche Ausweisungspraxis dazu führen könne, dass andere Ausländer sich zur Vermeidung der sonst drohenden Ausweisung ordnungsgemäß verhielten.³²

Zu einer erneuten Debatte der Legitimität generalpräventiver Ausweisungszwecke kam es anlässlich der verfassungsrechtlichen Problematisierung der Ist-Ausweisung (§ 47 Abs. 1 Nr. 1 AuslG 1990). Der Senat hat die Rechtsprechung des BVerfG aufgegriffen,³³ derzufolge die gesetzliche Ausweisungsbefugnis einen Appell an alle Ausländer beinhalte, keine Straftaten in Deutschland zu begehen. Wer sich trotzdem von der Begehung schwerer Straftaten nicht abhalten lasse, setze selbst die Voraussetzung für seine Ausweisung und müsse für eigenes Verhalten einstehen, so dass die (auf Kant zurückgehende) Objekt-Formel nicht greife.³⁴

Der Senat hat aber auch schon immer betont, dass Generalprävention mit Blick auf das Übermaßverbot nicht verselbstständigt werden dürfe. Die Kontinuität der Verwaltungspraxis dürfe nicht schematisch oder gar ausnahmslos verstanden werden; vielmehr seien alle wesentlichen Umstände des Einzelfalls in die Abwägung einzubeziehen.³⁵ So müsse die abgeurteilte Tat auch darauf geprüft werden, ob angesichts singulärer Züge ein Bedürfnis für Generalprävention bestehe und

in welcher Schuldform sie begangen worden sei. Eine generalpräventiv motivierte Ausweisung könne unverhältnismäßig sein, da der Ausländer sich bereits lange Zeit in Deutschland aufhalte, in das wirtschaftliche und soziale Leben integriert sei und seine familiären Bindungen hier habe.³⁶ Diese Linie verdichtete sich zu dem Rechtssatz, dass generalpräventive Gründe – wie bei deutschverheirateten Ausländern³⁷ –

25 B. v. 29.07.1977 – I B 137.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 45 S. 15 [16 f.]; U. v. 27.10.1978 – I C 91.76, BVerwGE 57, 61 [66]; B. v. 17.10.1984 – I B 61.84, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 104 S. 90 [92 f.]; B. v. 19.03.1990 – I B 27.90, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 122; U. v. 28.01.1997 – I C 17.94, NVwZ 1997, 1119 [1120]; U. v. 13.12.2012 – I C 20.11, NVwZ 2013, 733 Rdnr. 23.

26 U. v. 27.10.1978 – I C 91.76, BVerwGE 57, 61 [64 ff.] im Anschluss an EuGH, U. v. 27.10.1977 – Rs. 30/77 – Boucherau, Slg. 1977, 1999 = NJW 1978, 479. Vgl. auch B. v. 15.05.1990 – I B 64.90, InfAuslR 1990, 293 f.; B. v. 22.02.1993 – I B 7.93, InfAuslR 1993, 257 f. Anders für eine Aussetzung der Vollstreckung des Strafrests gem. § 57 StGB: B. v. 16.11.1992 – I B 197.92, InfAuslR 1993, 121.

27 U. v. 11.06.1996 – I C 24.94, BVerwGE 101, 247.

28 EuGH, U. v. 08.12.2011 – C-371/08 – Ziebell, NVwZ 2012, 422 Rdnr. 79 ff. [Rdnr. 86].

29 U. v. 10.07.2012 – I C 19.11, BVerwGE 143, 277 Rdnr. 14 ff., Rdnr. 21; U. v. 04.10.2012 – I C 13.11, BVerwGE 144, 230 Rdnr. 17; U. v. 13.12.2012 – I C 20.11, NVwZ 2013, 733 Rdnr. 18.

30 U. v. 04.03.1968 – I C 29.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 1 S. 1 [4 f.] – Meineid; U. v. 28.08.1969 – I C 1.68, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 14 S. 49 [52] – Arbeiten ohne Arbeitserlaubnis; U. v. 15.01.1970 – I C 18.69, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 16 S. 57 [59] und B. v. 07.02.1973 – I B 87.72, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 29 – Trunkenheitsfahrten; U. v. 16.06.1970 – I C 47.69, BVerwGE 35, 291 [294 f.] – vorsätzliche Körperverletzung; B. v. 19.09.1974 – I B 37.74 [juris] und vom 28.01.1977 – I B 4.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 42 S. 11 [12] – unerlaubter Waffenbesitz; U. v. 13.11.1979 – I C 12.75, BVerwGE 59, 104 [111] und I C 100.76, BVerwGE 59, 112 [116] sowie U. v. 01.12.1987 – I C 29.85, BVerwGE 78, 285 [289 f.] – Drogenhandel; B. v. 21.12.1990 – I B 30.90, Buchholz 402.20 § 10 AuslG Nr. 127 – Sexualstraftaten; B. v. 22.11.1993 – I B 184.93, = InfAuslR 1994, 100 f. – schwerer Raub; B. v. 15.12.1993 – I B 193.93, InfAuslR 1994, 130 – Sichtvermerksverstoß. Anders U. v. 03.05.1973 – I C 33.72, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 30 S. 79 [88] für Leidenschaftstaben.

31 B. v. 02.02.1979 – I B 238.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 59 S. 52 [54].

32 U. v. 16.06.1970 – I C 47.69, BVerwGE 35, 291 [294]; B. v. 07.11.1978 – I B 31.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 56 S. 46 [49]; B. v. 02.02.1979 – I B 238.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 59 S. 52 [58] und 08.03.1979 – I B 34.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 60 S. 59 [65]; B. v. 08.05.1996 – I B 136.95, DVBl 1996, 1263 – Heroinhandel; U. v. 24.09.1996 – I C 9.94, BVerwGE 102, 63 [68 f.] – illegaler Zigarettenhandel.

33 BVerfG, B. v. 14.01.1979 – I BvR 241/77, BVerfGE 50, 166 [176]. Vgl. auch U. v. 06.04.1984 – 2 BvR 389/84, EuGRZ 1984, 445; B. v. 21.03.1985 – 2 BvR 1642/83, BVerfGE 69, 220 [230].

34 B. v. 30.12.1993 – I B 185.93, DVBl 1994, 527 = NVwZ 1994, 584.

35 U. v. 26.02.1980 – I C 90.76, BVerwGE 60, 75 [77]; U. v. 16.09.1980 – I C 28.78, BVerwGE 61, 32 [34]; U. v. 01.12.1987 – I C 29.85, BVerwGE 78, 285 [290]; B. v. 10.09.1990 – I B 120.90, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 125 S. 39 [41].

36 B. v. 02.02.1979 – I B 238.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 59 S. 52 [54 ff.] und 08.03.1979 – I B 34.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 60 S. 59 [61 ff.] jeweils in ausführlicher Auseinandersetzung mit der kritischen Literatur; U. v. 27.03.1979 – I C 15.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 61 S. 66 [69 f.]. Mit U. v. 13.11.1979 – I C 100.76, BVerwGE 59, 112 [114 ff.] hat der Senat die allein generalpräventiv motivierte Ausweisung eines über 13 Jahre lang im Bundesgebiet lebenden Ausländers wegen einer Trunkenheitsfahrt als unverhältnismäßig aufgehoben; vgl. auch U. v. 13.11.1979 – I C 12.75, BVerwGE 59, 104 [109 f.] – fahrlässiger Verkehrsunfall. Im U. v. 26.02.1980 – I C 90.76, BVerwGE 60, 75 [79 f.] kam er für den Fall einer Körperverletzung mit Todesfolge zum gegenteiligen Ergebnis. Grenzwertig das U. v. 04.08.1983 – I C 123.80, InfAuslR 1983, 308 – rechtmäßige generalpräventive Ausweisung wegen Hehlerei und Waffendelikt nach 14jährigem Aufenthalt. Vgl. auch B. v. 31.10.1991 – I B 111.91, InfAuslR 1992, 5 f. – keine abstrakte zeitliche Grenze für generalpräventive Ausweisung (z.B. 25-jährige Aufenthaltsdauer).

37 U. v. 13.11.1979 – I C 12.75, BVerwGE 59, 104 [111]; U. v. 13.11.1979 – I C 100.76, BVerwGE 59, 112 [116 f.].

nur ausnahmsweise als besonders schwerer Ausweisungsgrund gewertet werden können, der die Ausweisung eines hier geborenen und aufgewachsenen Ausländers rechtfertige.³⁸ Generalpräventive Erwägungen kamen demgegenüber bei EWG-Angehörigen aufgrund von § 12 AufenthG/EWG und Art. 3 der Richtlinie 64/221/EWG nicht in Betracht.³⁹

3. Ausweisungsschutz und Individualbelange

3.1 Ausweisungsschutz

Erfasste der rudimentär ausgestaltete Ausweisungsschutz in § 11 Abs. 1 AuslG 1965 nur Inhaber einer Aufenthaltsberechtigung als damals stärkster Form der Aufenthaltsverfestigung, wurde er in § 48 AuslG 1990 deutlich erweitert, um die gesetzlichen und richterrechtlich entwickelten Privilegierungstatbestände zusammenzufassen.⁴⁰ Für das Erfordernis »schwerwiegender Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« griff der Senat auf seine Rechtsprechung zu § 11 AuslG 1965 zurück,⁴¹ wonach diese Schwelle überschritten wurde, wenn das öffentliche Interesse im Vergleich zum Schutz des Ausländers ein deutliches Übergewicht hatte; die Beurteilung war an den Ausweisungszwecken auszurichten.⁴² Das gilt auch heute noch.⁴³

Schwerwiegende Gründe i.S. des § 48 Abs. 1 AuslG 1990 und § 56 Abs. 1 Satz 2 AufenthG setzen bezüglich eines *spezialpräventiven* Ausweisungszwecks einen Ausweisungsanlass von besonderem Gewicht voraus, was sich bei Straftaten insbesondere aus Art, Schwere und Häufigkeit ergibt.⁴⁴ Des Weiteren müssen Anhaltspunkte dafür bestehen, dass in Zukunft eine schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung durch neue Verfehlungen des Ausländers ernsthaft droht und damit von ihm eine bedeutsame Gefahr für ein wichtiges Schutzgut ausgeht. Eine lediglich entfernte Möglichkeit weiterer Störungen mangels Ausschlusses einer Wiederholungsgefahr reicht nicht.⁴⁵ Für die Einschätzung der Gefährlichkeit eines strafgerichtlich verurteilten Ausländers ist von tatsächlichem Gewicht, ob ihm gemäß § 56 StGB Strafaussetzung zur Bewährung bewilligt worden ist.⁴⁶

Generalpräventive Gründe wiegen nur in Ausnahmefällen schwer; insoweit kommt dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit besondere Bedeutung zu. Notwendig ist, dass die Straftat besonders schwer wiegt und deshalb ein dringendes Bedürfnis dafür besteht, über eine evtl. strafrechtliche Sanktion hinaus andere Ausländer von Straftaten ähnlicher Art und Schwere abzuhalten.⁴⁷

3.2 Ausweisungsermessen

Der Erlass eines Aufenthaltsverbots gemäß § 5 APVO stand – wie die Ausweisung nach § 10 AuslG 1965 – im behördlichen Ermessen.⁴⁸ Der Senat hat schon früh betont, das Vorliegen von Ausweisungstatbeständen reiche nicht aus, sondern eröffne erst das Ermessen.⁴⁹ Die pflichtgemäße Ermessensausübung erforderte schon immer eine Abwägung sämtlicher die Entfernung des Ausländers aus dem Bundesgebiet rechtfertigenden öffentlichen Interessen gegen die für seinen Verbleib sprechenden Gründe.⁵⁰ Bei einer *spezialpräventiv* motivierten Ausweisung sind u.a. das Delikt, die Art und Höhe der Strafe, der Unrechtsgehalt der Straftat, etwaige Vorstrafen, die Aufenthaltsdauer sowie das sonstige Verhalten unter Würdigung der Gesamtpersönlichkeit zu berücksichtigen.⁵¹ Dabei ist auch eine zusätzliche Bestrafung im Heimatstaat in den Blick zu nehmen.⁵² Ein überwiegendes Interesse

des Ausländers kann sich auch aus dem kumulativen Zusammenwirken mehrerer, jeweils für sich betrachtet nicht genügender Gesichtspunkte ergeben.⁵³ Auch bei einer *generalpräventiv* motivierten Ausweisung sind nicht nur einzelne Aspekte, sondern alle wesentlichen Umstände des Einzelfalls in die Beurteilung einzubeziehen,⁵⁴ insbesondere die nunmehr in § 55 Abs. 3 AufenthG nicht abschließend⁵⁵ genannten Gesichtspunkte.⁵⁶ Das Gewicht einer Straftat ist nicht abstrakt,

- 38 U. v. 18.03.1983 – 1 C 99.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 94 S. 49 [52 f.] = NJW 1983, 1988 – Ausweisung wegen Vermögensdelikten aufgehoben.
- 39 B. v. 02.07.1975 – 1 C 20.73, BVerwGE 49, 60 im Anschluss an EuGH, U. v. 26.02.1975 – Rs. 67/64, Slg. 1975, 297. Damit wurde die frühere Rechtsprechung im U. v. 03.05.1973 – 1 C 33.72, BVerwGE 42, 133 [139 f.] aufgegeben. Die Rechtsprechung zur Unschädlichkeit generalpräventiver Erwägungen bei selbständig tragenden *spezialpräventiven* Ausweisungsgründen (B. v. 19.08.1993 – 1 B 49.93, InfAuslR 1994, 98; B. v. 29.09.1993 – 1 B 63.93, InfAuslR 1994, 45) wurde erst im U. v. 06.10.2005 – 1 C 5.04, BVerwGE 124, 243 [251] endgültig aufgegeben.
- 40 BT-Drucks. 11/6321, S. 73; vgl. auch U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [262 f.]; U. v. 26.02.2002 – 1 C 21.00, BVerwGE 116, 55 [61].
- 41 Vgl. BT-Drs. 11/6321 S. 73 zu § 48 AuslG 1990, wonach sich die Neuregelung insoweit an den Ausweisungsschutz für Asylberechtigte in § 11 Abs. 2 AuslG 1965 anlehnt.
- 42 B. v. 19.08.1993 – 1 B 49.93, InfAuslR 1994, 98 in Anknüpfung an die Urteile vom 17.01.1989 – 1 C 46.86, BVerwGE 81, 155 [158 f.] und vom 13.08.1984 – 1 C 91.79, Buchholz 402.24 § 11 AuslG Nr. 6 S. 5. – beide zu § 11 Abs. 2 AuslG 1965. Ebenso U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [252 f.]; U. v. 16.11.1999 – 1 C 11.99, DVBl 2000, 425 [428] m.w.N. zu § 48 AuslG 1990.
- 43 U. v. 13.01.2009 – 1 C 2.08, NVwZ 2009, 727 Rdnr. 14 zu § 56 Abs. 1 Satz 2 AufenthG.
- 44 U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [253]; U. v. 28.01.1997 – 1 C 17.94, NVwZ 1997, 1119; U. v. 29.09.1998 – 1 C 8.96, InfAuslR 1999, 54. Das ist in Fällen zumindest mittlerer Kriminalität i.d.R. zu bejahen: B. v. 10.02.1995 – 1 B 221.94, InfAuslR 1995, 273.
- 45 U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [253]; B. v. 10.01.1995 – 1 B 153.94, InfAuslR 1995, 194 – Heroinhandel; B. v. 27.12.1996 – 1 B 243.96 [juris] – Heroinhandel; U. v. 13.01.2009 – 1 C 2.08, NVwZ 2009, 727 Rdnr. 16 f. zu § 56 Abs. 1 Satz 2 AufenthG und § 54 Nr. 5, 5a und 7 AufenthG.
- 46 U. v. 28.01.1997 – 1 C 17.94, NVwZ 1997, 1119 und U. v. 16.11.1999 – 1 C 11.99, DVBl 2000, 425 [428] – Btm-Handel.
- 47 B. v. 10.01.1995 – 1 B 153.94, NVwZ 1995, 1129; B. v. 16.08.1995 – 1 B 43.95, InfAuslR 1995, 404; B. v. 18.08.1995 – 1 B 55.95, InfAuslR 1995, 405; B. v. 08.05.1996 – 1 B 136.95, DVBl 1996, 1263 – Heroinhandel; U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [253 ff.]; U. v. 14.02.2012 – 1 C 7.11, BVerwGE 142, 29 Rdnr. 16 ff. Das ist auch möglich bei einer Strafaussetzung zur Bewährung gem. § 56 StGB: U. v. 28.01.1997 – 1 C 17.94, NVwZ 1997, 1119 – Btm-Handel.
- 48 U. v. 15.12.1955 – 1 C 1.54, BVerwGE 3, 58 [60 f.].
- 49 U. v. 05.03.1968 – 1 C 64.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 2 S. 6 [7 f.]; U. v. 11.06.1968 – 1 C 13.67, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 4 S. 13 [14]; U. v. 16.06.1970 – 1 C 47.69, BVerwGE 35, 291 [292 f.] – kein Regel-Ausnahme-Verhältnis.
- 50 U. v. 16.06.1970 – 1 C 47.69, BVerwGE 35, 291 [295]; U. v. 11.06.1975 – 1 C 8.71, BVerwGE 48, 299 [301]; B. v. 06.01.1978 – 1 B 63.77, NJW 1978, 1764; B. v. 27.06.1978 – 1 B 181.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 52; B. v. 17.10.1984 – 1 B 61.84, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 104; B. v. 16.08.1995 – 1 B 43.95, Buchholz 402.24 § 48 AuslG 1990 Nr. 6.
- 51 B. v. 27.06.1978 – 1 B 181.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 52; B. v. 10.09.1990 – 1 B 120.90, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 125 S. 39 [40].
- 52 U. v. 01.12.1987 – 1 C 29.85, BVerwGE 78, 285 [290 ff.]; B. v. 28.05.1990 – 1 B 84.90, InfAuslR 1990, 289 f.; U. v. 19.11.1996 – 1 C 6.95, BVerwGE 102, 249 [252 ff.] – Abschiebungshindernisse des § 53 AuslG 1990.
- 53 B. v. 19.03.1990 – 1 B 31.90, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 123.
- 54 U. v. 26.02.1980 – 1 C 90.76, BVerwGE 60, 75 [77]; U. v. 01.12.1987 – 1 C 29.85, BVerwGE 78, 285 [290]; B. v. 12.11.1992 – 1 B 176.92, Buchholz 402.24 § 11 AuslG Nr. 10.
- 55 U. v. 19.11.1996 – 1 C 6.95, BVerwGE 102, 249 [253].
- 56 U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [257] unter Hinweis auf B. v. 17.10.1984 – 1 B 61.84, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 104; B. v. 16.08.1995 – 1 B 43.95, Buchholz 402.24 § 48 AuslG 1990 Nr. 6.

sondern konkret nach den Umständen der Tatbegehung zu bestimmen.⁵⁷

3.2.1 Vertrauensschutz

Allein die Untätigkeit der Ausländerbehörde trotz Kenntnis eines Ausweisungsgrundes begründet kein schutzwürdiges Vertrauen auf ein Absehen von einer Ausweisung.⁵⁸ Erteilt die Behörde aber in Kenntnis strafrechtlich abgeurteilter Taten erneut eine Aufenthaltserlaubnis, kann sie aus Gründen des Vertrauensschutzes nicht mehr auf diese Taten als Ausweisungsgrund zurückgreifen, wenn nicht neue Ausweisungsgründe auftreten.⁵⁹

3.2.2 Familiäre Belange

Am Beginn der Rechtsprechung zu den Ermessensgrenzen für ein Aufenthaltsverbot standen Art. 6 GG und Art. 8 EMRK.⁶⁰ Interessanterweise wurden damals die familiären Belange am Maßstab des Art. 8 EMRK gewürdigt, der die systematische Prüfungsstruktur des Art. 6 GG vorgab.⁶¹ Die unter Gender-Gesichtspunkten bedenkliche Argumentation, von einer deutschen Ehefrau könne im allgemeinen erwartet werden, dass sie ihrem ausländischen Ehemann ins Ausland folge,⁶² hat der Senat erst 1973 aufgegeben.⁶³

Der Schutz von Ehe und Familie in einer gelebten familiären Gemeinschaft gilt selbstverständlich auch für ausländische Eheleute⁶⁴ und Kinder, wenn auch nur mit geringerem Gewicht. Der Senat hat dazu abgestufte Maßstäbe entwickelt, wonach bei einem deutschverheirateten Ausländer schwerwiegende Ausweisungsgründe vorliegen müssen⁶⁵ und seine Anwesenheit trotz der gelebten Ehe nicht weiter hingenommen werden kann.⁶⁶ Die Auffassung, auch deutschverheiratete Ausländer könnten aus generalpräventiven Gründen ausgewiesen werden,⁶⁷ wurde im Urteil vom 27. September 1978 aufgegeben und die Rechtsstellung dieser Ausländer derjenigen von EG-Angehörigen angenähert.⁶⁸ Dagegen sei dem ausländischen Ehegatten die Rückkehr in das Land gemeinsamer Staatsangehörigkeit regelmäßig zuzumuten.⁶⁹ Eine allgemeine »Opfergrenze« für lang ansässige ausländische Familienangehörige wurde abgelehnt.⁷⁰ Der Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG greife, wenn die Folgen der Ausweisung für den Betroffenen mit Rücksicht auf seine Familienmitglieder unverhältnismäßig hart wären; insoweit decken sich die Schutzwirkungen mit denen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.⁷¹

Aus der Betroffenheit des Ehegatten hat der Senat die prozessrechtliche Konsequenz gezogen, dass der Ehegatte auch selbst klagebefugt gegen die Ausweisung sei, da seine Rechte aus Art. 6 GG berührt würden.⁷² Die zuerst vertretene Auffassung, der (deutsche) Ehegatte sei in dem von dem ausgewiesenen Ausländer betriebenen Prozess notwendig beizuladen,⁷³ hat er wieder aufgegeben.⁷⁴

3.2.3 Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Als weitere Ermessensschränke hat der Senat schon im Urteil vom 27.01.1959 auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hingewiesen. Besondere, die Ermessenswidrigkeit der Ausweisung begründende Umstände sah der Senat in der genannten Entscheidung darin, dass der 67 Jahre alte Kläger seit Geburt fast ununterbrochen in Deutschland gelebt habe, seine deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund des Versailler Vertrags verloren habe und nur unzureichend französisch spreche.⁷⁵ Demgegenüber wurde ein unbefristetes Aufenthaltsverbot

bei einem wiederholt wegen schwerer Vermögensstraftaten bestraften Ausländer, der sich seit seiner Geburt in Deutschland ständig aufgehalten hatte und die Sprache des Landes seiner Staatsangehörigkeit nicht beherrschte, nicht beanstandet.⁷⁶ In der Folgezeit hat der Senat diese Linie fortentwickelt:⁷⁷

- 57 B. v. 12.11.1992 – 1 B 176.92, Buchholz 402.24 § 11 AuslG Nr. 10; B. v. 10.01.1995 – 1 B 153.94, NVwZ 1995, 1129.
- 58 B. v. 04.10.1974 – 1 B 65.74 [juris].
- 59 U. v. 25.02.1969 – 1 C 35.68, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 10 S. 32 [34 f.]; U. v. 28.05.1991 – 1 C 20.89, InfAuslR 1991, 268; U. v. 16.11.1999 – 1 C 11.99, DVBl 2000, 425 [429]; U. v. 15.03.2005 – 1 C 26.03, BVerwGE 123, 114 [121 f.].
- 60 U. v. 25.10.1956 – 1 C 58.56, Buchholz 402.20 § 5 APVO Nr. 4 S. 4 [5]; das Aufenthaltsverbot wurde in diesem Fall wegen Verstoßes gegen Art. 6 GG und Art. 8 EMRK aufgehoben.
- 61 U. v. 25.10.1956 – 1 C 58.56, Buchholz 402.20 § 5 APVO Nr. 4 S. 4 [5 f.]. Vgl. auch U. v. 10.04.1956 – 1 C 31.55, BVerwGE 3, 235 [236] zu den Grundrechten und der EMRK als neuen Grenzen des Erteilungsermessens.
- 62 U. v. 27.02.1962 – 1 C 114.59, Buchholz 402.20 § 5 APVO Nr. 8 S. 8 [9].
- 63 U. v. 03.05.1973 – 1 C 33.72, BVerwGE 42, 133 [134 ff.] mit deutlichen Worten: »Was für die deutsche Frau eines ausländischen Mannes gelten soll, muß auch für den deutschen Mann einer ausländischen Frau Geltung beanspruchen können. ... Die gegenteilige Annahme, die der patriarchalischen Vorstellung früherer Epochen folgte, widerspricht nicht nur dem Verfassungsgebot, sondern auch der tatsächlichen Stellung der Frau im sozialen und familiären Leben unserer Zeit (BVerfGE 10, 59 [69]; BVerwGE 15, 226 [231]).«.
- 64 B. v. 22.03.1972 – 1 B 17.71, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 25; U. v. 16.09.1980 – 1 C 28.78, BVerwGE 61, 32 [35].
- 65 U. v. 03.05.1973 – 1 C 33.72, BVerwGE 42, 133 [138]; im Regelfall bei milderer und schwerer Kriminalität; so z.B. bei Rauschgifthandel: B. v. 14.02.1984 – 1 B 34.84, ZfSH/SGB 1984, 515.
- 66 U. v. 11.06.1975 – 1 C 8.71, BVerwGE 48, 299 [303 f.]; B. v. 20.09.1978 – 1 CB 26.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 53.
- 67 U. v. 03.05.1973 – 1 C 33.72, BVerwGE 42, 133 [139].
- 68 U. v. 27.09.1978 – 1 C 79.76, Buchholz 402.24 § 2 AuslG Nr. 10 S. 19 [25] zu § 2 AuslG 1965.
- 69 U. v. 11.06.1975 – 1 C 8.71, BVerwGE 48, 299 [303 f.]; B. v. 10.04.1989 – 1 B 63.89 [juris]; B. v. 25.03.1996 – 1 B 98.95 [juris].
- 70 B. v. 17.10.1984 – 1 B 61.84, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 104 S. 90 [93 ff.].
- 71 So U. v. 27.08.1996 – 1 C 8.94, BVerwGE 102, 12 [19 f.] – Versagung der Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis für den Ehegatten – unter Rückgriff auf BVerfG, B. v. 19.08.1983 – 2 BvR 1284/83, NVwZ 1983, 667.
- 72 U. v. 03.05.1973 – 1 C 20.70, BVerwGE 42, 141 [142] unter Rückgriff auf BVerfGE 31, 58 [67] zu deutschen Ehegatten. Im B. v. 09.03.1977 – 1 CB 41.76, Buchholz 310 § 65 VwGO Nr. 46 S. 10 [11] wurde diese Rechtsprechung auch auf den ausländischen Ehegatten als übertragbar angesehen. Ebenso B. v. 11.07.2008 – 1 B 8.08, Buchholz 310 § 113 Abs. 5 VwGO Nr. 8.
- 73 U. v. 03.05.1973 – 1 C 33.72, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 30 S. 79 [89]. Anders für den ausländischen Ehegatten: B. v. 09.03.1977 – 1 CB 41.76, Buchholz 310 § 65 VwGO Nr. 46 und für das (deutsche oder ausländische) Kind: B. v. 13.07.1977 – 1 B 106.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 44.
- 74 U. v. 25.10.1977 – 1 C 31.74, BVerwGE 55, 8 [10 ff.]. Vgl. auch B. v. 28.04.1981 – 1 B 44.81, DÖV 1981, 716; bestätigend B. v. 22.02.1988 – 1 B 21.88, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 115; ebenso B. v. 11.07.2008 – 1 B 8.08, Buchholz 310 § 113 Abs. 5 VwGO Nr. 8.
- 75 U. v. 27.01.1959 – 1 C 192.58, Buchholz 402.20 § 5 APVO Nr. 11 S. 11 [12]; U. v. 01.03.1983 – 1 C 216.79, DVBl 1983, 750 – Aufhebung der Ausweisung wegen zwei Trunkenheitsfahrten nach 15jährigem Aufenthalt. Vgl. auch U. v. 05.03.1968 – 1 C 64.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 2 S. 6 [8] zum AuslG 1965, mit dem die Negativschränke des § 2 Abs. 1 Satz 2 AuslG 1965 auch für die Überprüfung des Ausweisungsermessens fruchtbar gemacht wurde.
- 76 U. v. 16.07.1968 – 1 C 62.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 5 S. 16.
- 77 U. v. 19.10.1982 – 1 C 100.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 91 S. 30 [36 f.]. – mehrfache gefährliche Körperverletzungen eines hier geborenen Ausländers – mit Verweis auf die Urteile vom 13.11.1979 – 1 C 12.75, BVerwGE 59, 104 [109, 111] und 1 C 100.76, BVerwGE 59, 112 [114, 116]. Vgl. auch B. v. 25.10.1989 – 1 B 148.89, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 120 – kein isoliertes Abstellen auf Aufenthaltsdauer; B. v. 14.12.1989 – 1 B 172.89, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 121 S. 30 [31 f.]. Zur Abgrenzung der Gruppe: U. v. 18.10.1983 – 1 C 131.80, BVerwGE 68, 101 [105] – Einreise mit 9

»Auch bei sehr langem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland schließt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die Ausweisung . . . nicht schlechthin aus. Die durch die Ausweisung bedingten Nachteile dürfen aber nicht außer Verhältnis zu dem bezweckten Erfolg stehen. Dabei kommt der Aufenthaltsdauer, der Verwurzelung des Ausländers in die hiesigen Lebensverhältnisse und den Schwierigkeiten, die für ihn mit einer Übersiedlung in das Land seiner Staatsangehörigkeit verbunden sind, erhebliches Gewicht zu (. . .). Diese Schwierigkeiten sind für einen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Ausländer, dem Sprache und Land seiner Vorfahren fremd sind, in aller Regel weit größer als für einen Ausländer der sog. ersten Generation, dem die Verhältnisse seines Heimatlandes vertraut sind und der möglicherweise menschliche Beziehungen dorthin hat, an die er bei einer Rückkehr anknüpfen kann. Aus diesem Grunde wird das Verhältnismäßigkeitsprinzip regelmäßig zu einer Einschränkung des Ausweisungsermessens bei hier geborenen Ausländern führen.«

3.2.4 Ermittlungspflichten

Aus den materiellrechtlichen Vorgaben können sich Ermittlungspflichten ergeben. So hat die Behörde, wenn allein ein Strafregisterauszug kein aussagekräftiges Bild der Straftaten und Motive vermittelt, zur sachgerechten Ermessensausübung ggf. auch die Strafakten beizuziehen.⁷⁸ Demgegenüber erfordert die gerichtliche Prüfung der Wiederholungsgefahr bei wiederholten Straftaten grundsätzlich keine Einholung eines Sachverständigenutachtens.⁷⁹

4. §§ 45 ff. AuslG 1990 und §§ 53 ff. AufenthG: Ist-, Regel- und Ermessensausweisung

4.1 Gesetzgeberische Konzeption

Gegenüber der Ausweisungsbefugnis des § 10 Abs. 1 AuslG 1965, die durch einen großen Ermessensspielraum und eine geringe Regelungsintensität gekennzeichnet war, enthalten die Ausweisungsvorschriften der §§ 45 ff. AuslG 1990 und §§ 53 ff. AufenthG detaillierte gesetzliche Vorgaben, insbesondere die Unterscheidung zwischen Ist-, Regel- und Ermessensausweisung. Der Gesetzgeber hat aus Gründen der Rechtssicherheit und Bundeseinheitlichkeit die Voraussetzungen u.a. der Aufenthaltsbeendigung detailliert geregelt, da man sich den Anforderungen des Parlamentsvorbehalts nicht länger glaubte verschließen zu können.⁸⁰ So entstand ein unter generell-abstrakten Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten gewichtetes und abgestuftes System von Ausweisungstatbeständen⁸¹ mit unterschiedlich dichter Normverknüpfung.⁸²

Die Befugnis zur Ist-Ausweisung mit den Abstufungen bei besonderem Ausweisungsschutz⁸³ genügt den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.⁸⁴ Der Senat war zwar zunächst der Auffassung, weitere Härten könnten ggf. im Wege einer Duldung oder Befristung der Ausweisungswirkungen gemildert werden, so dass Verstöße gegen das Übermaßverbot kaum vorstellbar erschienen.⁸⁵ Das BVerfG hat demgegenüber betont, dass die Anwendung des Stufensystems nicht davon entbinde, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auch die Umstände des Einzelfalls zu prüfen. Nur dann sei sichergestellt, dass die Verhältnismäßigkeit bezogen auf die Lebenssituation des betroffenen Ausländers gewahrt bleibe.⁸⁶

Die Entscheidung, ob ein Regel- oder ein Ausnahmefall vorliegt, ist keine Ermessens-, sondern eine voller gerichtlicher Überprüfung unterliegende Rechtsfrage.⁸⁷ Dabei sind alle Umstände einer strafgerichtlichen Verurteilung und die sons-

tigen Verhältnisse des Betroffenen einschließlich seiner familiären Situation zu berücksichtigen, wie sie nunmehr in § 55 Abs. 3 AufenthG näher umschrieben werden.⁸⁸ Liegt nach Auffassung der Ausländerbehörde ein Regelfall vor, darf (und sollte) sie die Ausweisung trotzdem hilfsweise auf eine Ermessensentscheidung stützen.⁸⁹

4.2 Unterscheidung Regel- und Ausnahmefall

Die Worte »in der Regel« beziehen sich auf Regelfälle, die sich nicht durch besondere Umstände von der Menge gleich liegender Fälle unterscheiden. Ausnahmefälle sind demgegenüber durch atypische Umstände gekennzeichnet, die so bedeutsam sind, dass sie das sonst ausschlaggebende Gewicht der gesetzlichen Regel beseitigen. Bei der Prüfung, ob ein Ausnahmefall vorliegt, sind alle Umstände einer evtl. strafgerichtlichen Verurteilung sowie die sonstigen Verhältnisse des Betroffenen zu berücksichtigen,⁹⁰ die in § 55 Abs. 3 AufenthG nicht abschließend genannt werden.⁹¹ Diese Fallgruppe beschreibt tatsächliche Besonderheiten des Sachverhalts.

Ein Ausnahmefall wurde ferner angenommen, wenn der Ausweisung – auch unter Berücksichtigung des besonderen Ausweisungsschutzes – höherrangiges Recht entgegensteht, sie

Jahren; B. v. 14.02.1984 – 1 B 10.84, NJW 1984, 1315 – Einreise mit 4 Jahren; B. v. 02.03.1987 – 1 B 4.87, NJW 1987, 3092.

78 U. v. 05.03.1968 – 1 C 64.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 2 S. 6 [8 f.]; B. v. 30.12.1981 – 1 B 173.81, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 85; B. v. 18.03.1985 – 1 B 6.85, ZfSH/SGB 1986, 180.

79 B. v. 14.02.1984 – 1 B 10.84, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 102 S. 75 [82 f.]; B. v. 04.05.1990 – 1 B 82.89, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 124 S. 36 [38 f.]; B. v. 14.03.1997 – 1 B 63.97, Buchholz 402.240 § 45 AuslG 1990 Nr. 10; B. v. 13.03.2009 – 1 B 20.08, NVwZ-RR 2009, 977. Zu einem Ausnahmefall U. v. 04.10.2012 – 1 C 13.11, BVerwGE 144, 230 Rdnr. 12 ff. 80 BT-Drs. 11/6321 S. 1, 40 und 50.

81 BT-Drs. 11/6321 S. 50. Vgl. auch B. v. 30.12.1993 – 1 B 185.93, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 3; B. v. 27.06.1997 – 1 B 126.97, Buchholz 402.240 § 8 AuslG 1990 Nr. 13; U. v. 16.11.1999 – 1 C 11.99, DVBl 2000, 425 [426]; U. v. 26.02.2002 – 1 C 21.00, BVerwGE 116, 55 [60 f.].

82 Die Verdichtung der Normverknüpfung bei der Regel- und Ist-Ausweisung warf im Hinblick auf die Stillhalteklauseln in Art. 41 Abs. 1 ZP und Art. 13 ARB 1/80 Probleme auf, da eine Ausweisung ohne Ermessen sich für türkische Staatsangehörige als Verschlechterung darstellen konnte; vgl. U. v. 26.02.2002 – 1 C 21.00, BVerwGE 116, 55 [60 ff.] – Btm-Delikte.

83 B. v. 30.12.1993 – 1 B 185.93, DVBl 1994, 527.

84 Ebenso mit Blick auf Art. 8 Abs. 2 EMRK: U. v. 17.06.1998 – 1 C 27.96, BVerwGE 107, 58 [73]; B. v. 10.12.1993 – 1 B 160.93, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 2; U. v. 09.12.1997 – 1 C 19.96, BVerwGE 106, 13 [22]; B. v. 11.07.2003 – 1 B 252.02, Buchholz 140 Art 8 EMRK Nr. 14.

85 B. v. 10.12.1993 – 1 B 160.93, DVBl 1994, 523.

86 BVerfG, B. v. 10.08.2007 – 2 BvR 535/06, NVwZ 2007, 946.

87 U. v. 19.11.1996 – 1 C 25.94, DVBl 1997, 899.

88 B. v. 01.09.1994 – 1 B 90.94, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 5; B. v. 17.10.1995 – 1 B 238.94, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 8; B. v. 05.02.1997 – 1 B 16.97, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 13; B. v. 27.06.1997 – 1 B 123.97, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 15; B. v. 19.03.1999 – 1 B 20.99, Buchholz 402.240 § 47 AuslG Nr. 17; B. v. 15.07.1999 – 1 B 49.99, Buchholz 402.240 § 47 AuslG Nr. 18; B. v. 28.07.2003 – 1 B 470.02, Buchholz 402.240 § 47 AuslG Nr. 21.

89 U. v. 19.11.1996 – 1 C 25.94, DVBl 1997, 899 [901]; U. v. 16.11.1999 – 1 C 11.99, DVBl 2000, 425 [428]; U. v. 07.12.1999 – 1 C 13.99, BVerwGE 110, 140 [144]. Ausdrücklich angeraten wurde den Ausländerbehörden diese Vorgehensweise im U. v. 23.10.2007 – 1 C 10.07, BVerwGE 129, 367 Rdnr. 27a.E.

90 B. v. 01.09.1994 – 1 B 90.94, InfAuslR 1995, 5 unter Verweis auf das U. v. 29.07.1993 – 1 C 25.93, BVerwGE 94, 35 [43 f.] zum gesetzlichen Regelverfügungsgrund des § 7 Abs. 2 AuslG 1990; B. v. 24.08.1995 – 1 B 254.94, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 6; B. v. 17.10.1995 – 1 B 238.94, InfAuslR 1996, 54; B. v. 13.11.1995 – 1 B 237.94, InfAuslR 1996, 103.

91 U. v. 26.02.2002 – 1 C 21.00, BVerwGE 116, 55 [64 f.]; U. v. 29.09.1998 – 1 C 8.96, Buchholz 402.240 § 45 AuslG 1990 Nr. 16 S. 48 m.w.N.

sich insbesondere mit verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen (z.B. Art. 6 Abs. 1 GG) als nicht vereinbar erweist.⁹² Das ist eine normative ergebnisbezogene Schranke, bei der die Ausnahme von der Regel die Ermessensentscheidung eröffnet und diese zugleich inhaltlich negativ vorzeichnet (Ermessensreduzierung auf Null).

Der Senat hat im Urteil vom 23.10.2007 die in der Rechtsprechung des EGMR als auch des BVerfG erkennbar gewachsene Bedeutung des Rechts auf Achtung des Privatlebens im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung einer Ausweisung zum Anlass genommen, diese Voraussetzung weiter zu fassen: Ein Ausnahmefall von der Regelausweisung – und damit die Notwendigkeit einer Ermessensentscheidung – liegt bereits dann vor, wenn durch höherrangiges Recht oder Vorschriften der EMRK geschützte Belange des Ausländers eine Einzelfallwürdigung gebieten.⁹³ Im Fokus stand dabei insbesondere die im Laufe der Zeit angewachsene Gruppe im Bundesgebiet geborener und aufgewachsener Ausländer, bei denen es im Rahmen der Aufenthaltsbeendigung einer individuellen Würdigung bedarf, inwieweit der Ausländer im Bundesgebiet verwurzelt ist, und dies bei Abwägung aller Umstände des Einzelfalles einer Ausweisung entgegensteht. Anders als in der zweiten Fallgruppe ist damit das Ergebnis des Ausweisungsermessens nicht negativ präjudiziert, vielmehr fehlt den Ausweisungsgründen nur das von vornherein ausschlaggebende Gewicht, das ihnen der Gesetzgeber im Regelfall zumisst.

4.3 Würdigung

Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Abgrenzung von Regel- und Ausnahmefällen lässt die Tendenz erkennen, starre Normverknüpfungen zugunsten von mehr administrativer Flexibilität bei der Entscheidung über den Erlass einer Ausweisung aufzuweichen. Nur auf den ersten Blick scheint es, als habe man sich tendenziell wieder der reinen Ermessensausweisung in § 10 AuslG 1965 angenähert. Denn die Rechtsprechung benutzt das Ermessen als Mittel zur Aufweichung der Normverknüpfung, ohne – als Kehrseite des klassischen Ermessens – der Verwaltung insoweit einen Entscheidungsspielraum zuzubilligen, der verminderter gerichtlicher Kontrolle unterläge. Vielmehr wird im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung eine im Vergleich zu anderen Rechtsgebieten intensive Kontrolldichte gefahren, die mit dem Gewicht des Eingriffs jedenfalls in das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit aus Art. 2 Abs. 1 GG gerechtfertigt wird.⁹⁴

5. Befristung der Wirkungen der Ausweisung

Nach § 15 Abs. 1 Satz 2 AuslG 1965 konnte die Behörde die gesetzlichen Wirkungen der Ausweisung auch nachträglich befristen. Gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 AuslG 1990 wurden sie in der Regel befristet (ebenso § 11 Abs. 1 Satz 3 AufenthG). Einen Befristungsanspruch gewährte erstmals § 7 Abs. 2 Satz 2 FreizügG/EU für Unionsbürger. Die Befristung dient dazu, die Sperrwirkung einer Ausweisung vollständig zu beseitigen. Denn eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG, die abweichend von § 11 Abs. 1 AufenthG erteilt werden kann, beseitigt die Sperrwirkung einer Ausweisung nur insoweit, als es um die Erteilung weiterer Aufenthaltstitel aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen geht.⁹⁵

5.1 Konkurrenzen: Rücknahme und Widerruf der Ausweisung

Die rückwirkende Beseitigung einer bestandskräftigen Ausweisung im Wege der Rücknahme gemäß § 48 VwVfG ist neben der Befristung der Ausweisungswirkungen zulässig,⁹⁶ jedoch nach rechtskräftiger gerichtlicher Bestätigung der Ausweisung wegen der Rechtskraftbindung (§ 121 VwGO) ausgeschlossen.⁹⁷ Der Widerruf einer Ausweisung ist durch die Befristungsregelungen als spezielleren Vorschriften jedenfalls insoweit versperrt, als es um die Berücksichtigung von für den Fortbestand des Ausweisungszwecks erhebliche Sachverhaltsänderungen geht.⁹⁸

5.2 Prüfprogramm gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 AuslG 1965

Für die Entscheidung über einen Befristungsantrag war der Ausweisungszweck schon immer wesentlich.⁹⁹ Die Ausländerbehörde konnte die Wirkung der Ausweisung aufrechterhalten, wenn es der Zweck der Ausweisung weiterhin erforderte,¹⁰⁰ d.h. sie hatte nach der Ausweisung eingetretene Umstände zu würdigen. Dagegen hat sie grundsätzlich weder den Ausweisungszweck als solchen noch die Rechtmäßigkeit der Ausweisungsverfügung zu überprüfen.¹⁰¹

War bei Erlass der Ausweisung nicht hinreichend zu übersehen, dass der (spezialpräventive) Ausweisungszweck schon durch eine zeitlich begrenzte Fernhaltung des Ausländers vom Bundesgebiet erreicht wurde, durfte die Behörde gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 AuslG 1965 die Befristung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.¹⁰² Das Befristungsermessen wurde durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und das Gebot des Schutzes von Ehe und Familie begrenzt.¹⁰³ Art. 6 Abs. 1 GG gebot auch bei deutschverheirateten Ausländern nicht

92 Erstmals im B. v. 15.01.1997 – 1 B 256.96, Buchholz 402.240 § 47 AuslG 1990 Nr. 12 unter Rückgriff auf das U. v. 27.08.1996 – 1 C 8.94, BVerwGE 102, 12 [17] zu § 7 Abs. 2 AuslG 1990 und die Negativschränke des § 2 Abs. 1 Satz 2 AuslG 1965; U. v. 29.09.1998 – 1 C 8.96, Buchholz 402.240 § 45 AuslG 1990 Nr. 16 S. 48.

93 U. v. 23.10.2007 – 1 C 10.07, BVerwGE 129, 367 Rdnr. 24.

94 Kraft, ZAR 2009, 41 (44).

95 U. v. 13.04.2010 – 1 C 5.09, BVerwGE 136, 284 Rdnr. 12 ff.; vgl. auch U. v. 04.09.2007 – 1 C 43.06, BVerwGE 129, 226 Rdnr. 34 und 42.

96 U. v. 07.12.1999 – 1 C 13.99, BVerwGE 110, 140 [143, 147 f.]; U. v. 23.10.2007 – 1 C 10.07, BVerwGE 129, 367 Rdnr. 16. Für eine Klage auf Rücknahme der Ausweisung mit ex-tunc-Wirkung besteht trotz zwischenzeitlicher Befristung ihrer Wirkungen ein Rechtsschutzbedürfnis: U. v. 22.10.2009 – 1 C 26.08, BVerwGE 135, 137 Rdnr. 11.

97 U. v. 22.10.2009 – 1 C 15.08, BVerwGE 135, 121 Rdnr. 16; U. v. 22.10.2009 – 1 C 26.08, BVerwGE 135, 137 Rdnr. 13.

98 U. v. 07.12.1999 – 1 C 13.99, BVerwGE 110, 140 [143, 147 f.]; U. v. 04.09.2007 – 1 C 21.07, BVerwGE 129, 243 Rdnr. 13.

99 B. v. 07.11.1978 – 1 B 31.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 56 S. 46 [50]; U. v. 26.02.1980 – 1 C 90.76, BVerwGE 60, 75 [80 f.]. Mit U. v. 14.02.2012 – 1 C 7.11, BVerwGE 142, 29 Rdnr. 29 wurde entschieden, dass die Wirkungen einer nur generalpräventiv begründeten Ausweisung zugleich mit Erlass von Amts wegen befristet werden müssen.

100 B. v. 07.06.1979 – 1 CB 5.78, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 2 S. 1 [2].

101 B. v. 07.06.1979 – 1 CB 5.78, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 2 S. 1 [2]; U. v. 14.11.1989 – 1 C 17.89, NVwZ-RR 1990, 278; ebenso B. v. 15.05.1990 – 1 B 61.90, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 9 S. 6 [7] auch zur Bedeutung des § 51 BZRG bei der Entscheidung über eine Befristung.

102 B. v. 07.11.1978 – 1 B 31.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 56 S. 46 [50].

103 B. v. 07.11.1978 – 1 B 31.77, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 56 S. 46 [50]; B. v. 07.06.1979 – 1 CB 5.78, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 2 S. 1 [2]; U. v. 26.02.1980 – 1 C 90.76, BVerwGE 60, 75 [80 f.]; U. v. 03.06.1982 – 1 C 241.79, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 5 S. 3 [5]; U. v. 05.04.1984 – 1 C 57.81, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 6 S. 8 [10 f.].

generell eine Befristung, sondern – wie bei der Ausweisung selbst – eine Abwägung nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsprinzips.¹⁰⁴ Im Bundeszentralregister getilgte oder tilgungsreife Verurteilungen und die zugrundeliegenden Taten dürfen nicht mehr zum Nachteil des Ausländers verwertet werden.¹⁰⁵

5.3 Prüfprogramm gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 AuslG 1990 und § 11 Abs. 1 Satz 3 AufenthG

Die Wirkungen der Ausweisung waren nach § 8 Abs. 2 Satz 3 AuslG 1990 in der Regel auch dann zu befristen, wenn der Zweck der Ausweisung noch nicht erreicht war; die Frist war dann nach dem mutmaßlichen Eintritt der Zweckerreichung zu bemessen. Eine Befristung schied nur dann aus, wenn die Prognose ergab, dass der Ausweisungszweck auch nach längerer Frist voraussichtlich nicht erreicht würde. Bei der Entscheidung war auch das Verhalten des Ausländers nach der Ausweisung zu würdigen (Notwendigkeit der Abschiebung, illegale Wiedereinreise).¹⁰⁶ Auch unter § 11 Abs. 1 Satz 2 AufenthG war es möglich, dass der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz i.V.m. Art. 6 GG im Einzelfall die Befristung ohne vorherige Ausreise gebieten konnte.¹⁰⁷

5.4 Befristungsanspruch gemäß § 11 AufenthG n.F.

Der Senat hat in jüngster Zeit entschieden, dass Ausländer seit Inkrafttreten des § 11 AufenthG in der Neufassung des Richtlinienumsetzungsgesetzes 2011¹⁰⁸ grundsätzlich einen Anspruch darauf haben, dass die Ausländerbehörde mit einer Ausweisung zugleich deren Sperrwirkungen befristet. Die grund- und menschenrechtlichen Impulse aus Art. 2 Abs. 1, Art. 6 GG und Art. 8 EMRK mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit der Ausweisungsfolgen auch in zeitlicher Dimension und die Absicht des Gesetzgebers, sich am Regelungsmodell der Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG) zu orientieren, führen dazu, dass die Befristung der Ausweisungswirkungen nicht mehr die vorherige Ausreise des Ausländers voraussetzt.¹⁰⁹ Die Entscheidung der Ausländerbehörde ist nunmehr auch hinsichtlich der Dauer der Befristung gerichtlich voll überprüfbar.¹¹⁰

Bei Bemessung der allein unter präventiven Gesichtspunkten festzusetzenden Frist sind in einem ersten Schritt das Gewicht des Ausweisungsgrundes und der Ausweisungszweck zu berücksichtigen. Es bedarf der Prognose, wie lange das der Ausweisung zugrundeliegende Verhalten das öffentliche Interesse an der Gefahrenabwehr zu tragen vermag. Selbst wenn die Voraussetzungen für ein Überschreiten der 5-Jahres-Grenze (§ 11 Abs. 1 Satz 4 AufenthG) vorliegen, stellt ein Zeitraum von maximal 10 Jahren i.d.R. den Zeithorizont dar, für den eine Prognose realistischerweise noch gestellt werden kann. Die auf diese Weise ermittelte Frist muss sich aber an höherem Recht, d.h. verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen (Art. 2 Abs. 1, Art. 6 GG) sowie den Vorgaben aus Art. 7 GRCh und Art. 8 EMRK messen lassen und ist daher ggf. in einem zweiten Schritt zu relativieren. Dabei sind insbesondere die in § 55 Abs. 3 Nr. 1 und 2 AufenthG genannten schutzwürdigen Belange des Ausländers in den Blick zu nehmen. Die Abwägung ist nach Maßgabe des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf der Grundlage der Umstände des Einzelfalles vorzunehmen und von den Verwaltungsgerichten zum Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung bzw. Entscheidung des Gerichts vollumfänglich zu überprüfen.¹¹¹

5.5 Fehlerfolge

Würde eine gebotene Entscheidung über die Befristung unterlassen oder rechtsfehlerhaft getroffen, wird die Ausweisung davon nicht infiziert. Wegen der systematischen Trennung zwischen Ausweisung und Befristung im Ausländer- bzw. Aufenthaltsgesetz lassen Mängel der Befristungsentscheidung die Ausweisung unberührt. Sie lösen nur einen Anspruch auf (früher: ermessensfehlerfreie Entscheidung über,¹¹² nunmehr die) Befristung aus.¹¹³

6. Maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Prüfung der Ausweisung

Es entspricht ständiger Rechtsprechung aller Senate des Bundesverwaltungsgerichts, dass die Frage des maßgeblichen Zeitpunkts für die gerichtliche Sachprüfung nicht prozessrechtlicher, sondern materiellrechtlicher Natur ist.¹¹⁴ Denn aus dem materiellen Fachrecht sind nicht nur die tatbestandlichen Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes zu entnehmen, sondern auch die Antwort auf die Frage, zu welchem Zeitpunkt diese Voraussetzungen erfüllt sein müssen.¹¹⁵

Von diesem Ausgangspunkt aus schien nichts über lange Zeit so fest gefügt und unabänderlich wie die Rechtsprechung des Senats zu der für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer Ausweisung relevanten Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der letzten verwaltungsbehördlichen Entscheidung.¹¹⁶ Für diese Auffassung wurden zum einen ganz allgemeine dogmatische Erwägungen angeführt, dass nämlich eine Ermessens-

Zu § 8 Abs. 2 Satz 3 AuslG 1990: B. v. 02.05.1996 – 1 B 194.95, InfAuslR 1996, 303; U. v. 11.08.2000 – 1 C 5.00, BVerwGE 111, 369 [373 f.].

104 B. v. 27.06.1997 – 1 B 126.97, Buchholz 402.240 § 8 AuslG 1990 Nr. 13.
 105 U. v. 05.04.1984 – 1 C 57.81, Buchholz 402.24 § 15 AuslG Nr. 6 S. 8 [12 f.].
 106 U. v. 11.08.2000 – 1 C 5.00, BVerwGE 111, 369 [372 f.].
 107 U. v. 04.09.2007 – 1 C 43.06, BVerwGE 129, 226 Rdnr. 28.
 108 Gesetz vom 22.11.2011, BGBl. I S. 2258.
 109 U. v. 10.07.2012 – 1 C 19.11, BVerwGE 143, 277 Rdnr. 30 ff.; U. v. 13.12.2012 – 1 C 20.11, NVwZ 2013, 733 Rdnr. 38; B. v. 14.03.2013 – 1 B 17.12, NVwZ-RR 2013, 574.
 110 U. v. 14.02.2012 – 1 C 7.11, BVerwGE 142, 29 Rdnr. 31 ff.
 111 U. v. 10.07.2012 – 1 C 19.11, BVerwGE 143, 277 Rdnr. 42; U. v. 13.12.2012 – 1 C 14.12, InfAuslR 2013, 141 Rdnr. 14 f.; U. v. 13.12.2012 – 1 C 20.11, NVwZ 2013, 733 Rdnr. 40 f.; U. v. 14.05.2013 – 1 C 13.12 Rdnr. 30 ff.
 112 B. v. 31.03.1981 – 1 B 853.80, DVBl 1981, 773; B. v. 28.04.1982 – 1 B 38.82, Buchholz 402.24 § 9 AuslG Nr. 3. Zu § 8 Abs. 2 AuslG 1990: B. v. 10.12.1993 – 1 B 160.93, DVBl 1994, 523; U. v. 11.06.1996 – 1 C 24.94, BVerwGE 101, 247 [259].
 113 U. v. 14.02.2012 – 1 C 7.11, BVerwGE 142, 29 Rdnr. 30; U. v. 10.07.2012 – 1 C 19.11, BVerwGE 143, 277 Rdnr. 39; U. v. 13.12.2012 – 1 C 20.11, NVwZ 2013, 733 Rdnr. 38; U. v. 14.05.2013 – 1 C 13.12 Rdnr. 27.
 114 Statt vieler nur U. v. 25.11.1981 – 8 C 14.81, BVerwGE 64, 218 [221].
 115 U. v. 03.11.1986 – 9 C 254.86, BVerwGE 78, 243 [244]. Aus Gründen des Minderjährigenschutzes ist § 47 Abs. 3 Satz 4 AuslG 1990 (keine Ist- oder Regelausweisung gegenüber Minderjährigen) anzuwenden, wenn der Ausländer im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ausweisungsverfügung (Ausgangsbescheid) minderjährig war: U. v. 19.11.1996 – 1 C 25.94, InfAuslR 1997, 152 [153] – zu § 48 Abs. 2 AuslG 1990; U. v. 03.06.1997 – 1 C 23.96, NVwZ 1997, 1126.
 116 U. v. 11.06.1975 – 1 C 8.71, BVerwGE 48, 299 [305]; B. v. 29.11.1978 – 1 B 418.78, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 57; U. v. 20.05.1980 – 1 C 82.76, BVerwGE 60, 133; U. v. 01.12.1987 – 1 C 31.85 [juris]; B. v. 16.10.1989 – 1 B 106.89, InfAuslR 1990, 4 und 16.11.1992 – 1 B 197.92, InfAuslR 1993, 121 – auch für freizügigkeitsberechtigte EG-Staater; B. v. 04.06.1991 – 1 B 60.91, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 128 und B. v. 12.12.1991 – 1 B 157.91, InfAuslR 1992, 37 f. – Inkrafttreten des AuslG 1990. Für das AuslG 1990: B. v. 10.08.1993 – 1 B 119.93, InfAuslR 1994, 12; B. v. 17.11.1994 – 1 B 224.94, Buchholz 402.240 § 45 AuslG 1990 Nr. 1; B. v. 16.08.1995 – 1 B 104.95, InfAuslR 1995, 405 – Prognose.

entscheidung nicht deswegen rechtswidrig sein könne, weil nach ihrem Erlass die maßgebliche Norm mit Wirkung für die Zukunft geändert worden sei. Sie könne nicht ex tunc mit der Begründung aufgehoben werden, sie verletze das erst später in Kraft getretene Recht.¹¹⁷ Die Rechtmäßigkeit einer Ermessensentscheidung könne nicht davon abhängen, wie sich die tatsächlichen Verhältnisse später entwickelt hätten.¹¹⁸ Spezifisch aus der systematischen Trennung des Ausländer- und Aufenthaltsgesetzes zwischen Ausweisung einerseits und Befristung von deren Wirkungen andererseits wurde geschlossen, dass nachträglich eingetretene Tatsachen allein im Befristungsverfahren zu berücksichtigen seien.¹¹⁹

III. Unionsrechtliche Impulse zu Normverknüpfung und maßgeblichem Zeitpunkt

1. Das Urteil des EuGH vom 29.04.2004

Anlass zum Überdenken der bisherigen Rechtsprechung zur Ausweisung gab die Entscheidung des EuGH vom 29.04.2004 in den Rechtssachen Orfanopoulos und Oliveri.¹²⁰ Aus der gebotenen engen Auslegung der Ausnahmen vom Grundsatz der Freizügigkeit leitete der Gerichtshof ab, dass strafrechtlich verurteilte Unionsbürger nicht auf der Grundlage eines gewissen Automatismus oder einer Vermutung ausgewiesen werden dürften, ohne ihr persönliches Verhalten oder die von ihnen ausgehende Gefahr gebührend zu berücksichtigen. Artikel 3 der Richtlinie 64/221/EWG gebiete zudem die Berücksichtigung eines Sachvortrags durch das Gericht, der *nach* der letzten Behördenentscheidung erfolgt sei und den Wegfall bzw. eine nicht unerhebliche Verminderung der gegenwärtigen Gefährdung mit sich bringen könne, insbesondere dann, wenn ein längerer Zeitraum zwischen der Ausweisung und der gerichtlichen Prüfung liege.¹²¹

2. Umsetzung: Die Urteile vom 03.08.2004

War der Senat zuvor noch davon ausgegangen, dass gemeinschaftsrechtlicher Ausweisungsschutz auch bei einer Regelausweisung gesichert sein könne, sofern nur dessen materielle Voraussetzungen beachtet würden,¹²² leitete er nunmehr einen radikalen Wandel ein. Aus der Entscheidung des EuGH hat er zwei Schlussfolgerungen für die Ausweisung freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger gezogen¹²³ und diese sogleich auf assoziationsberechtigten Türken übertragen:¹²⁴ Zum einen dürfen die Betroffenen nur noch auf der Grundlage einer Ermessensentscheidung ausgewiesen werden, da unionsrechtlich jeder Anschein zu vermeiden sei, dass strafrechtliche Verurteilungen nur die Rechtsfolge der Ausweisung zuließen oder eine gewisse »Vermutung« dafür begründeten. Zum anderen sei für die gerichtliche Überprüfung einer Ausweisung der genannten Ausländer in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht nunmehr der Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung bzw. Entscheidung des Tatsachengerichts maßgeblich.

3. Mittelbare Reaktion: Die generelle Zeitpunktverlagerung

Im Urteil vom 15.11.2007¹²⁵ wurde die Rechtsprechung zur Zeitpunktverlagerung bei der gerichtlichen Prüfung einer Ausweisung auf alle Ausländer erweitert. Den Anlass gab das Inkrafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes 2007, dessen Regelungen der Senat im Wege einer Gesamtschau den Impuls zur Änderung seiner bisherigen Rechtsprechung entnahm. Wegen der mittlerweile erfolgten Ausdehnung der durch unionsrechtliches Sekundärrecht begünstigten Aus-

ländergruppen erschien eine Differenzierung hinsichtlich des Beurteilungszeitpunkts nicht länger tragbar. Zudem sprach der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz dafür, dass auch die Gerichte ihre Entscheidung auf eine möglichst aktuelle, d.h. nicht bereits überholte Tatsachengrundlage stützen. Dieser Übergang in der Rechtsprechung von der Handlungs- zur Erfolgskontrolle ist ein Beleg für die These, dass das Unionsrecht – über seinen sachlichen und persönlichen Anwendungsbereich hinaus – auf die nationalen Rechtsordnungen einwirkt, denn eine »doppelte Rationalität« von auseinanderlaufendem unionsrechtlich determiniertem und davon nicht beeinflusstem nationalem Recht ist für einen Mitgliedstaat auf Dauer innerstaatlich nur schwer durchzuhalten.¹²⁶

4. Konsequenzen für den Ausweisungsprozess

4.1 Verfahrensbegleitende Kontrolle der Ausländerbehörde

Die Entscheidung vom 15.11.2007 hat für die Ausländerbehörden erhebliche Konsequenzen: Sie trifft in allen Ausweisungsverfahren bis zur Bestands- bzw. Rechtskraft die Obliegenheit zur ständigen verfahrensbegleitenden Kontrolle der Rechtmäßigkeit ihrer Verfügung. Denn ein Ermessensverwaltungsakt kann gerichtlich nicht aus Erwägungen aufrechterhalten werden, die der behördlichen Ermessensbetätigung nicht zugrunde lagen.¹²⁷ Werden während des Verwaltungsprozesses ermessensrelevante neue Umstände festgestellt, kann die Behörde nur durch Aktualisierung ihrer Ermessenserwägungen ein Ermessensdefizit vermeiden. Im Falle einer ursprünglich gebundenen, aufgrund nachträglicher tatsächlicher Entwicklungen aber nur noch im Ermessenswege zulässigen Ausweisung muss sie ihr Ermessen erstmalig ausüben.

117 U. v. 04.03.1968 – I C 29.66, Buchholz 402.24 § 10 AuslG Nr. 1 S. 1 [3].

118 U. v. 19.06.1969 – I C 33.67, Buchholz 402.240 § 10 AuslG Nr. 12 S. 43 [44].

119 U. v. 19.06.1969 – I C 33.67, Buchholz 402.240 § 10 AuslG Nr. 12 S. 43 [44 ff.]; U. v. 20.05.1980 – I C 82.76, BVerwGE 60, 133 [136 ff.]; B. v. 17.01.1996 – I B 3.96, Buchholz 402.240 § 45 AuslG 1990 Nr. 5 m.w.N.; B. v. 26.02.1997 – I B 5.97, Buchholz 402.240 § 45 AuslG 1990 Nr. 8 m.w.N.; U. v. 26.02.2002 – I C 21.00, BVerwGE 116, 55 [65 ff.]; U. v. 11.08.2000 – I C 5.00, BVerwGE 111, 369 [372].

120 EuGH, U. v. 29.04.2004 – C-482/01 und C-493/01 – Orfanopoulos und Oliveri, Slg. 2004, I-5257 = DVBl 2004, 876. Auf die verfahrensrechtlichen Garantien des Art. 9 der Richtlinie 64/221/EWG – Stichwort: Vier-Augen-Prinzip – und die dazu ergangenen Entscheidungen zu türkischen Assoziationsberechtigten (vgl. nur U. v. 13.09.2005 – I C 7.04, BVerwGE 124, 217 [221 ff.]; U. v. 06.10.2005 – I C 5.04, BVerwGE 124, 243 [248 ff.]; U. v. 09.08.2007 – I C 47.06, BVerwGE 129, 162 und nunmehr seit Aufhebung der Richtlinie: U. v. 10.07.2012 – I C 19.11, BVerwGE 143, 277 Rdnr. 22 ff.; U. v. 13.12.2012 – I C 20.11, NVwZ 2013, 733 Rdnr. 28 ff.; U. v. 15.01.2013 – I C 10.12, NVwZ 2013, 435 Rdnr. 23 ff.; B. v. 14.03.2013 – I B 17.12, NVwZ-RR 2013, 574; B. v. 15.04.2013 – I B 22.12; U. v. 14.05.2013 – I C 13.12 Rdnr. 17 ff.) kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

121 Der EGMR stellt demgegenüber bei Prüfung des Art. 8 EMRK auf die tatsächliche Situation in dem Zeitpunkt ab, in dem die Ausweisung rechtskräftig geworden ist und lässt danach eintretende Veränderungen unberücksichtigt: U. v. 31.10.2002 – Nr. 37295/97 – Yildiz, InfAuslR 2003, 126 Rdnr. 34 und 44; U. v. 28.06.2007 – Nr. 31753/02 – Kaya, InfAuslR 2007, 325 Rdnr. 57 und 67.

122 B. v. 29.09.1993 – I B 62.93, InfAuslR 1994, 45; B. v. 08.10.1993 – I B 71.93, InfAuslR 1994, 13.

123 U. v. 03.08.2004 – I C 30.02, BVerwGE 121, 297 – Unionsbürger.

124 U. v. 03.08.2004 – I C 29.02, BVerwGE 121, 315 – Türkische Assoziationsberechtigte. Bestätigend EuGH, U. v. 11.11.2004 – C-467/02 – Cetinkaya, Slg. 2004, I-10895 = InfAuslR 2005, 13, Rdnr. 41 ff.

125 U. v. 15.11.2007 – I C 45.06, BVerwGE 130, 20.

126 Schoch, VBIBW 2003, 297 (300).

127 B. v. 15.12.1993 – I B 193.93, InfAuslR 1994, 130.

4.2 Nachholung/Ergänzung einer Ermessensentscheidung (§ 114 Satz 2 VwGO)

Fraglich erschien, wie die materiellrechtlich notwendige Anpassung einer Ausweisung im laufenden Anfechtungsprozess mit Blick auf die Regelung in § 114 Satz 2 VwGO und die Rechtsprechung zum Nachschieben von Gründen zu vereinbaren ist. Letzteres wurde bislang davon abhängig gemacht, dass die tatsächlichen Umstände im maßgeblichen Zeitpunkt des Widerspruchsbescheids bereits vorlagen (*keine* objektiven *nova*), der Verwaltungsakt nicht in seinem Wesen geändert und der Betroffene nicht in seiner Rechtsverteidigung beeinträchtigt wird.¹²⁸ Bereits im Urteil vom 15. November 2007 hatte der Senat klargestellt, dass die fehlende Berücksichtigungsmöglichkeit objektiver *nova* nur Fälle betraf, in denen auf den Zeitpunkt der letzten Verwaltungsentscheidung abzustellen war.¹²⁹ Darauf aufbauend hat er entschieden, dass § 114 Satz 2 VwGO es jedenfalls dann nicht ausschließt, eine behördliche Ermessensentscheidung erstmals während des Ausweisungsprozesses zu treffen und zur gerichtlichen Prüfung zu stellen, wenn sich aufgrund neuer Umstände die Notwendigkeit einer Ermessensausübung erst nach Klageerhebung ergibt.¹³⁰ Ob das auch gilt, wenn es von vornherein einer Ermessensentscheidung bedurft hätte, hat er offen gelassen.¹³¹

4.3 Kassation ex tunc

Auch eine ursprünglich rechtmäßige und allein wegen einer nachträglichen Änderung der Sach- oder Rechtslage (z.B. Wegfall der Wiederholungsfahrer) rechtswidrig gewordene Ausweisung ist im Anfechtungsprozess mit Wirkung ex tunc aufzuheben.¹³² Andernfalls bliebe es für die Vergangenheit bei einer wirksamen Ausweisung mit ihren gesetzlichen Folgen. Daher sprechen die gleichen Erwägungen, die den Senat zur Verlagerung des maßgeblichen Zeitpunkts für die gerichtliche Prüfung der Sach- und Rechtslage bewegen haben, gegen eine Teilbarkeit der Ausweisung »in der Zeit«; die Kassation ex tunc ist letztlich eine weitere Konsequenz dieser Rechtsprechung. Allerdings wirkt sich die rückwirkende Aufhebung einer Ausweisung nicht auf frühere Vollstreckungsmaßnahmen aus, die zum damaligen Zeitpunkt rechtmäßig waren. Die Behörde hat bei einem besonderen Feststellungsinteresse die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Ausweisung bezogen auf einen

früheren Zeitpunkt (z.B. der Abschiebung aufgrund des angeordneten Sofortvollzugs) feststellen zu lassen.¹³³

IV. Resümee

Lässt man die Judikatur des Bundesverwaltungsgerichts zur Ausweisung Revue passieren, ist die Tendenz eindeutig: Die Ausweisungsvoraussetzungen – insbesondere bei im Bundesgebiet aufgewachsenen Ausländern der zweiten Generation – werden zunehmend restriktiv gehandhabt. Die Dichte der gerichtlichen Kontrolle, die sich vom Handlungs- zum Erfolgs(un)recht verlagert hat, nimmt zu. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als zentraler Prüfungsmaßstab hat im Laufe der Jahre an Schärfe gewonnen, weil die zugunsten des Ausländers sprechenden Umstände der persönlichen, familiären und wirtschaftlichen Bindungen und die diesbezüglichen Folgen einer Ausweisung heute weitaus stärker zu Buche schlagen als noch zu Zeiten der Ausländerpolizeiverordnung. Unterhalb der Ebene der Rechtssätze zur Ausweisung, die in Teilbereichen vom Beginn der Rechtsprechung des Senats bis heute unverändert geblieben sind, hat sich die Anwendung der rechtsstaatlichen Maßstäbe im Einzelfall erheblich verschärft. Bei weiterer Verdichtung von aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz abgeleiteten Vorgaben ist allerdings die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass – wie bereits oben unter II.4.3 angedeutet – die dem System der Ausweisungstatbestände immanenten und damit demokratisch legitimierten Wertungen des Gesetzgebers konterkariert werden. In der Gesamtbetrachtung hat die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Ausweisung den Wandel in der rechtlichen Wahrnehmung des Ausländers vom Objekt polizeilicher Gefahrenabwehr zum Rechtssubjekt nicht nur nachvollzogen, sondern aktiv befördert.

128 Vgl. nur U. v. 15.06.1971 – II C 17.70, BVerwGE 38, 191 [195]; U. v. 27.01.1982 – 8 C 12.81, BVerwGE 64, 356 [358 ff.]; U. v. 05.05.1998 – I C 17.97, BVerwGE 106, 351 [363].

129 U. v. 15.11.2007 – I C 45.06, BVerwGE 130, 20 Rdnr. 21.

130 U. v. 13.12.2011 – I C 14.10, BVerwGE 141, 253 Rdnr. 8 ff.

131 Vgl. auch zu den strengen formellen Anforderungen an jede Ergänzung von Ermessenserwägungen gem. § 114 Satz 2 VwGO: U. v. 13.12.2011 – I C 14.10, BVerwGE 141, 253 Rdnr. 18 f.

132 U. v. 04.10.2012 – I C 13.11, BVerwGE 144, 230 Rdnr. 20 ff.

133 U. v. 04.10.2012 – I C 13.11, BVerwGE 144, 230 Rdnr. 29.

Neuere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Staatsangehörigkeitsrecht

von RiBVerwG Dr. Richard Häußler, Leipzig*

Das Staatsangehörigkeitsrecht gehört gleichsam zu den Klassikern der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es hat seit der Gründung des Bundesverwaltungsgerichts vor nunmehr 60 Jahren einen festen Platz in dessen Rechtsprechung. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist einerseits geprägt von einer gewissen Beständigkeit, weil eine in der Vergangenheit erworbene Staatsangehörigkeit häufig über Generationen hinweg bis in die Gegenwart weiter gegeben wird. Daher können Gesetzgebungsakte aus der Kaiserzeit, aus der Weimarer Republik und aus dem Dritten Reich heute noch Relevanz besitzen. Andererseits ist das Staatsangehörigkeitsrecht in den letzten Jahrzehnten von einer gewis-

sen Dynamik geprägt, weil es als Instrument der Integration von Zuwanderern entdeckt und zu diesem Zweck mehrfach reformiert worden ist. Dies wirft neue Auslegungsfragen auf und verlangt auch dem Bundesverwaltungsgericht neue Antworten ab. Im Folgenden soll versucht werden, die neuere Rechtsprechung des für Staatsangehörigkeitsfragen zustän-

* Der Beitrag berichtet in der Reihe »60 Jahre BVerwG« (gegründet am 08.06.1953) über die Rechtsprechung des Gerichts, vgl. bereits Eckertz-Höfer, DVBl 2013, 333; Rubel, DVBl 2013, 469; Bier, DVBl 2013, 541; Battis, DVBl 2013, 673; Berlit, DVBl 2013, 873; Häußler, DVBl 2013, 1001 sowie – in diesem Heft – Graulich, Kraft und Büge.